

Kein Spielraum für Personalübernahme

Zu: „Transformation oder Urknall“ von Hermann Schunck, April 2002, S. 23, und „Entschuldigung ist überfällig“ von Günter Albrecht, Juli/August 2002, S. 25

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens von DESY-Zeuthen hat sich Dr. Schunck in einer ausgewogenen Ansprache zur Neuordnung des Wissenschaftssystems in den neuen Bundesländern und den Erfolgen und Schwierigkeiten bei der Schaffung einer gemeinsamen gesamtdeutschen Forschungslandschaft geäußert. Er legt eine differenzierte Analyse des Transformationsprozesses vor, die auch die entstandenen sozialen Härten nicht verschweigt und kommt zu einer positiven Bilanz bei der Neugestaltung der Forschungseinrichtungen im Bereich der Physik

Prof. Albrecht kann sich offensichtlich nicht darüber freuen, dass neben den Aktivitäten, die sich in der Max-Planck- und der Frauenhofer-Gesellschaft oder in Großforschungseinrichtungen entfalten konnten, in den neuen Ländern auf Empfehlung des Wissenschaftsrats moderne, bestens ausgestattete, erfolgreich arbeitende und inzwischen erneut positiv begutachtete Blaue Liste-Institute entstanden sind [1]. Statt dessen nimmt er Dr. Schuncks Beitrag in einem Leserbrief zum Anlass, einen Schuldigen für die gewiss beklagenswerte (in meinem Urteil unvermeidbare) Personalreduktion bei den Neugründungen zu suchen und findet ihn im raschem Zugriff im Wissenschaftsrat. Mitverantwortlich ist natürlich die Arbeitsgruppe Physik des Evaluationsausschusses mit ihrer von Prof. Albrecht entdeckten Blindheit für die Bedürfnisse der anwendungsorientierten Forschung. Es ist ihm nicht der Mühe wert, sich nochmals mit den Gründen für den Personalabbau auseinander zu setzen. Obwohl sie in den Stellungnahmen des Wissenschaftsrats dokumentiert sind (siehe auch das Interview des Autors [2]), scheint es mir – insbesondere mit Blick auf die weniger informierten jüngeren Mitglieder der DPG – notwendig, in knapper Form nochmals an die Ausgangslage zu erinnern, die die

mit der Evaluation beauftragten Arbeitsgruppen vorfanden und die der Wissenschaftsrat jedenfalls nicht zu verantworten hat.

Der Einfachheit halber beschränke ich mich im Folgenden auf die physikalischen Einrichtungen. Es ging verkürzt dargestellt u. a. um die Einbettung wissenschaftlich ausgewiesener Bereiche aus den zentralistisch gesteuerten Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) in eine pluralistische, föderal geordnete Struktur von Wissenschaft und Forschung. Auffallendes Merkmal der AdW-Institute war eine nach westlichen Maßstäben überdimensionierte Personalausstattung vor allem im Servicebereich und bei Einrichtungen, die wie z. B. das „Zentrum für Wissenschaftlichen Gerätebau“ als Folge der Devisenknappheit und vom Westen verhängter Ausfuhrverbote (Cocom-Liste) in erheblichem Umfang an Nachentwicklungen arbeiteten.

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats galten den Bereichen, die sich in einem weitgehend einheitlichen Begutachtungsverfahren durch die Arbeitsgruppe Physik des Evaluationsausschusses durch hohe wissenschaftliche Kompetenz und Leistungsfähigkeit ausgewiesen hatten und die – teilweise in neuem Zuschnitt und ausgestattet mit moderner, leistungsstarker apparativer Infrastruktur – geeignet sein würden, in einem gemeinsamen Forschungssystem dauerhaft aus öffentlichen Mitteln finanziert zu werden. Das galt allerdings nicht für Aktivitäten, die in einer marktwirtschaftlichen Ordnung durch die Privatwirtschaft übernommen werden müssen, da mit angewandter Forschung und Entwicklung verknüpfte Produktion nicht von der öffentlichen Hand finanziert werden darf.

Hier lag eine der Ursachen für die Reduktion des Personals. Hinzu kam folgender Umstand: Obwohl der Wissenschaftsrat bindende, dem Ergebnis der Evaluation vorgehende Vorgaben zur Größe einer zu gründenden Einrichtung nicht akzeptiert hatte, sondern die Personalausstattung erst nach Erarbeitung des künftigen Aufgabenspektrum festlegen wollte, spielte auf der für die Umsetzung der Empfehlungen zuständigen politischen Seite auch

die Finanzierbarkeit des Gesamtvorhabens eine große Rolle. Neue institutionell geförderte Forschungseinrichtungen, deren personelle Ausstattung erheblich über der existierender, nach Art und Umfang der Aufgaben vergleichbarer Forschungsinstitute gelegen hätte, wären politisch nicht durchsetzbar gewesen. De facto gab es keinen Spielraum für die Übernahme des oben erwähnten Personenkreises in die grundfinanzierten neuen Institute. Freilich enthielten die Empfehlungen des Wissenschaftsrats durchaus Vorschläge, wie dem Kreis der Nichtübernommenen geholfen werden könnte, die sich in der Folge leider nur zum Teil realisieren ließen. – Immerhin zeigt ein großer Teil der von Prof. Albrecht mit betont negativer Konnotation angeführten Beispiele, dass nicht wenige der nicht übernommenen Mitarbeiter/innen ihre Expertise genutzt und im marktwirtschaftlichen System ihren Weg gefunden haben.

Völlig abwegig sind Prof. Albrechts Vorwürfe, die AG Physik des Evaluationsausschusses habe die Wichtigkeit des Anwendungsbezugs der Forschung in den AdW-Instituten nicht erkannt. Aussagen wie „Der WR schlägt (daher) vor, die tragfähigen Arbeitsgebiete überwiegend in Instituten der Blauen Liste aufzugreifen, um (einerseits) die enge Verknüpfung zwischen Grundlagenorientierter Forschung und anwendungsorientierten Aspekten zu bewahren...“ [3] widerspiegeln in vollem Umfang die Intentionen der AG Physik. Überdies hätte ein das Gedächtnis auffrischender Blick in die Stellungnahmen und Empfehlungen zu den einzelnen AdW-Instituten auf dem Gebiet der Physik [4] oder die Charakterisierung ihrer aktuellen Arbeitsschwerpunkte im Zuge der Systemevaluation der Blaue Liste-Institute [1] genügt, um zu erkennen, dass sie mehrheitlich in der anwendungsorientierten Grundlagenforschung liegen.

Vollends daneben liegt Prof. Albrecht auch, wenn er der AG Physik unterschwellig unterstellt, das Entwicklungspotenzial des Instituts für Halbleiterphysik in Frankfurt/Oder (IHP) nicht erkannt zu haben. Die vom Wissenschaftsrat verabschiedete Empfehlung schuf den Rahmen für eine veränderte Zielsetzung des IHP. Die detaillierte Ausformung des neuen Forschungsprogramms oblag – wie in allen anderen Empfehlungen auch – einem Grün-

[1] Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu Instituten der Blauen Liste Köln 1998, 2000, 2001

[2] Phys. Bl. 47, September 1991, S. 819

[3] Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin – Allgemeiner Teil – Köln 1992, S. 91

[4] Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Physik, Köln 1992

dungskomitee. Das ist ohne Zeitverzug nach Neugründung des IHP geschehen. In konstruktiver Zusammenarbeit zwischen Gründungskomitee, Gründungsdirektor, Wissenschaftlern des Instituts und einem überaus engagierten Vertreter des Bundesforschungsministeriums entstand ein grundlagen- und anwendungsorientiertes Forschungsprogramm mit einem Schwerpunkt beim Materialsystem SiGe (später SiGe:C), das in den Folgejahren unter der derzeitigen Institutsleitung wichtige Erweiterungen und einschneidende Verschiebungen der Arbeitsschwerpunkte erfuhr. Als damaliger Vorsitzender des Gründungskomitees und langjähriges Mitglied des Aufsichtsrats freue ich mich verständlicherweise besonders über die positive Entwicklung des „Instituts für innovative Mikroelektronik“ und über die Aussicht, in Frankfurt/Oder mit *Communicant Semiconductor Technologies* eine Produktionsstätte zu errichten, die wesentlich auf den zukunftsweisenden Ergebnissen des Instituts beruht.

HELMUT GABRIEL

Bewilligungen erst im Herbst 2003

Zu: „Europas hoher Anspruch an die Wissenschaft“ von G. Hartmut Altenmüller, September 2002, S. 11

In dem Artikel heißt es mit Bezug auf das 6. EU-Forschungsrahmenprogramm: „Mit Antragsbewilligungen ist ab März 2003 zu rechnen.“ Das ist sachlich nicht korrekt. Für März 2003 sind die ersten Einreichungsfristen für Projektvorschläge vorgesehen. Die ersten Verträge (Antragsbewilligungen) werden sicher nicht vor Herbst 2003 unterzeichnet.

PETER HÄRTWICH

Völlig andere Anforderungen

Zu: „DPG zur PISA-Studie“, Juli/August 2002, S. 8

Die DPG fordert anlässlich der PISA-Studie, dass nicht der erziehungswissenschaftliche Anteil, sondern die fachliche Ausbildung im Lehramtstudiengang erhöht werden soll. Dieser Satz benötigt eine Kommentierung.

Es ist leider so, dass manche Lehramtskandidaten, aber auch Diplomphysiker, nicht das Wissen ha-

ben, das einen guten Physikunterricht ermöglicht. So können viele z. B. nicht verständlich erklären, ob und warum eine Lichtmaschine sich schwerer drehen lässt, wenn der Scheinwerfer eingeschaltet ist. Also tieferes Eindringen in die Grundlagen der Physik ja, aber was bringt Spezialwissen?

Genau wie man nicht unbedingt durch pharmazeutische Spitzenforschung ein guter Hausarzt wird, so wenig wird man automatisch durch physikalische Spitzenforschung ein guter Lehrer an einem Gymnasium, das ja heute keine Schule mehr für

eine winzige Elite ist, sondern die Schule für 40 % der Bevölkerung. Abgesehen davon wechseln erfolgreiche Forscher selten von einer CERN-Stelle ans Gymnasium.

In der Stellungnahme der DPG nicht ausdrücklich genannt ist die Physikdidaktik, die zur fachlichen Ausbildung des Lehrers gehört. Gerade PISA hat gezeigt, dass der Beruf des Physiklehrers völlig andere Anforderungen an die universitäre Ausbildung stellt als der des Industriephysikers.

FRITZ SIEMSEN

Peter Härtwich,
Brüssel

Prof. Dr. Fritz Siemsen,
Universität
Frankfurt am Main